

3653/J XX.GP

der Abgeordneten Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde  
an den Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr

betreffend LKW - Fahrverbote und Schwerverkehrsabgabe

Jüngste Vorstöße der Europäischen Kommission zielen auf eine Aufhebung des Fahrverbots für LKW an Samstagen und einigen österreichischen Feiertagen sowie auf Aufhebung des Nachtfahrverbots. Aufgrund der Entscheidungsmodalitäten innerhalb der Kommission und des Ministerrats drohen derartige Maßnahmen bei der Konferenz des Verkehrsministers am 17. März 1998. EU - Kommissar Fischler bemängelte eine klare Positionierung Österreichs und eine entsprechende Verhandlungsstrategie.

In der Frage des Alpentransits haben außerdem die Sozialisten und Konservativen im Europäischen Parlament eine Resolution, die eine ökologische Ausrichtung der Verkehrspolitik forderte, abgeschwächt und damit den Frächterinteressen Auftrieb verliehen. Sie drängten auch auf eine möglichst niedrige Straßenverkehrsabgabe für LKW - Transit in den vertraglichen Regelungen mit der Schweiz.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Warum vertritt Österreich gegenüber der EU in der Frage des Transits keine ebenso konsequente Position wie die Schweiz? Warum wurden nicht bereits früher Maßnahmen gesetzt, die den Umwegtransit von der Schweiz über Österreich hintanhaltend?
2. Worauf führen Sie die mangelhafte Verhandlungsstrategie Österreichs in Verkehrsfragen zurück? Warum wurden nicht bereits Verkehrsanliegen mit anderen Angelegenheiten der EU, in denen Einstimmigkeit erforderlich ist, verhandlungstechnisch in Beziehung gebracht?
3. Gibt es eine mit dem Finanz - und dem Wirtschaftsministerium akkordierte - Vorgangsweise in den Fragen des Gütertransits und der entsprechenden Fahrverbote?
4. Werden Sie darauf dringen, daß sich der Bundeskanzler und der Vizekanzler persönlich im Rahmen der EU für die Wahrung der österreichischen Standards beim Transitverkehr und für die Einführung einer „Infrastrukturmaut“ einsetzen? Soll die Transitfrage zur „Chefsache“ werden?

5. Werden Sie mit höchster Unterstützung die drohende Harmonisierung der EU am 17.3. durch eine Klage beim EuGH anfechten und den straßenpolizeilichen Charakter der Maßnahmen als nationale Angelegenheit damit zu wahren versuchen? Welche Chancen rechnen Sie sich dabei aus? Gibt es Präzedenzfälle?
6. Welche anderen Maßnahmen werden Sie zur Einschränkung des Transitverkehrs und zum Schutz der Bevölkerung ergreifen? Wodurch werden Sie die Verlagerung auf den Kombi-Verkehr forcieren, nachdem die Zunahme de Straßentransitverkehrs die Gesamtleistung der Bahn im Güterbereich übersteigt?
7. Wann beginnen die Verhandlungen über eine Verlängerung des Transitvertrags, von welchen Grundbedingungen wird Österreich ausgehen? Wie weit sind Absprachen mit der Schweiz geplant?